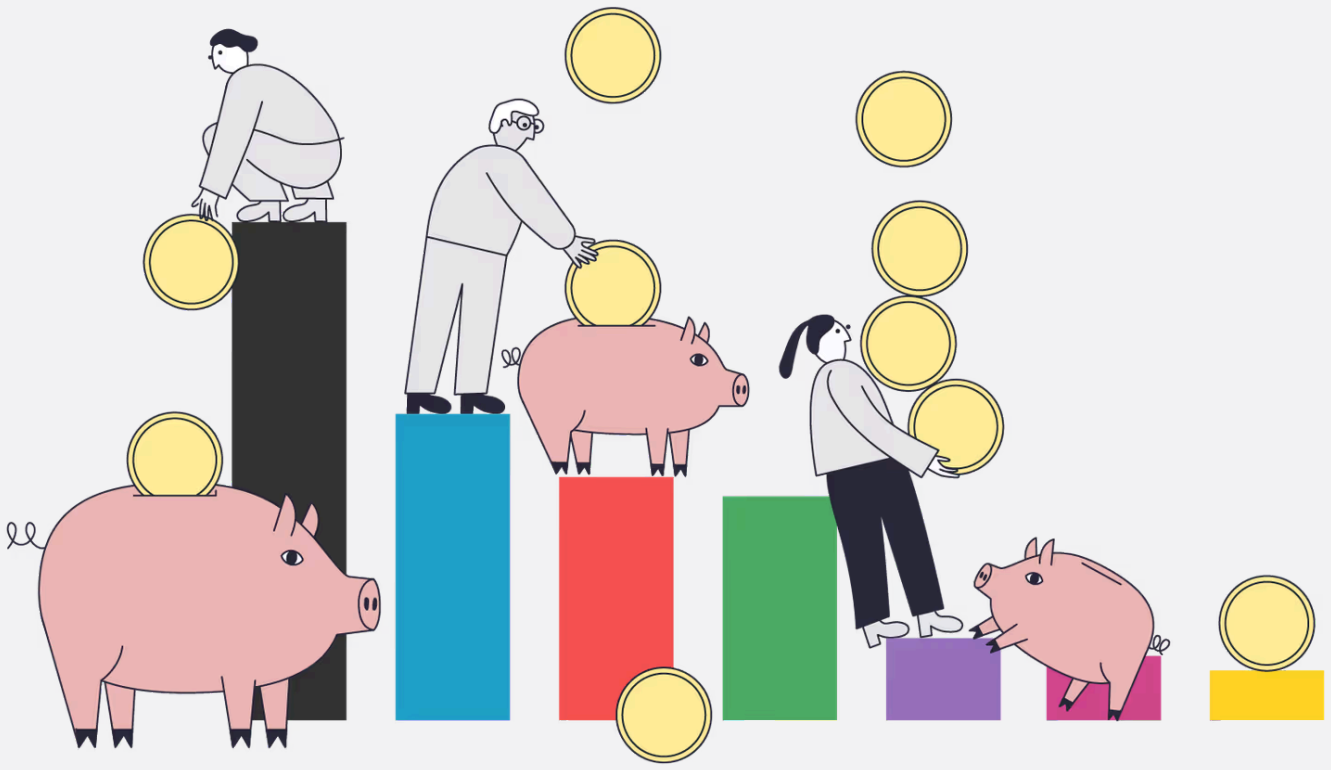
Einkommen

Was die Wahlversprechen der Parteien jedem Bürger finanziell bringen



Grafik: Julia Schubert

Welche Parteien die neue Regierung bilden, wirkt sich stark auf den Geldbeutel aus. Welchen Einkommensgruppen winkt durch die Wahlprogramme wie viel Finanz-Plus oder -Minus? Exklusive Rechnungen zeigen es. Von den AfD-Plänen etwa profitieren Topverdiener am meisten. Auch andere Parteien überraschen.

Von Alexander Hagelüken und Claus Hulverscheidt

17. Januar 2025 | Lesezeit: 9 Min.

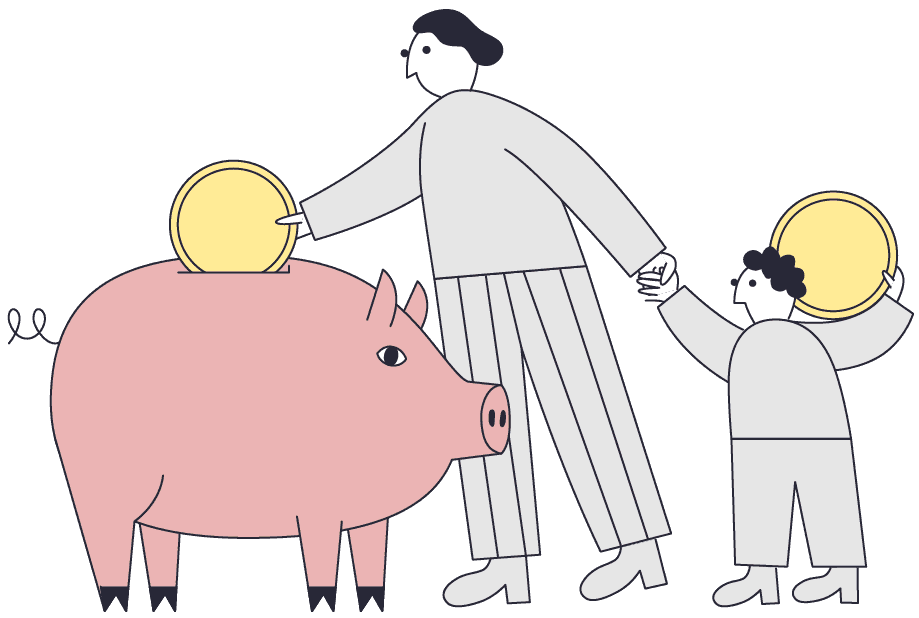
Schenken Merken Teilen Feedback Drucken

Die Deutschen haben harte Krisenjahre hinter sich. Erst brach die Corona-Pandemie aus, dann rollte die stärkste Teuerungswelle seit einem halben Jahrhundert über sie hinweg. Preissteigerungen von 15 Prozent dezimierten ihre Einkommen. Kein

Wunder, dass sich Millionen Bürgerinnen und Bürger fragen, wie es für sie finanziell weitergeht.

Für die Menschen ist nicht nur bedeutend, ob die nächste Bundesregierung die Wirtschaft wieder flottkriegt. Entscheidend für den Geldbeutel wird vielmehr auch sein, welche politischen Maßnahmen die neue Koalition einleitet bei Steuern und Solidaritätszuschlag wie bei Mindestlohn und Klimageld. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat in Kooperation mit der *Süddeutschen Zeitung* berechnet, wie sich die Wahlkampfpläne der Parteien für jeden einzelnen Bürger auswirken – nach den Annahmen, die unten erklärt sind („Wie die Forscher rechnen"). Die Ergebnisse können naturgemäß nur einen Ausschnitt der Pläne zeigen. Vorstellungen zur Außen- und Wirtschaftspolitik oder zur Migration lassen sich nicht in Finanzwirkungen für einzelne Bürger beziffern oder sind nicht exakt genug formuliert. Doch schon die berechenbaren Pläne vor allem zu Steuern, Mindestlohn und Klimageld zeigen große Unterschiede zwischen den sieben Parteien auf, die echte Chancen haben, dem nächsten Bundestag anzugehören.

Als Erstes fällt auf, dass die Parteien ihre geplanten finanziellen Verbesserungen sehr unterschiedlich auf die einzelnen Einkommensgruppen verteilen. Sie zerfallen grob in zwei Lager. SPD, Grüne, BSW und Linke wollen vor allem Haushalte mit niedrigen Einkommen und die Mittelschicht finanziell besserstellen – und Beziehern hoher Einkommen eher Geld wegnehmen.



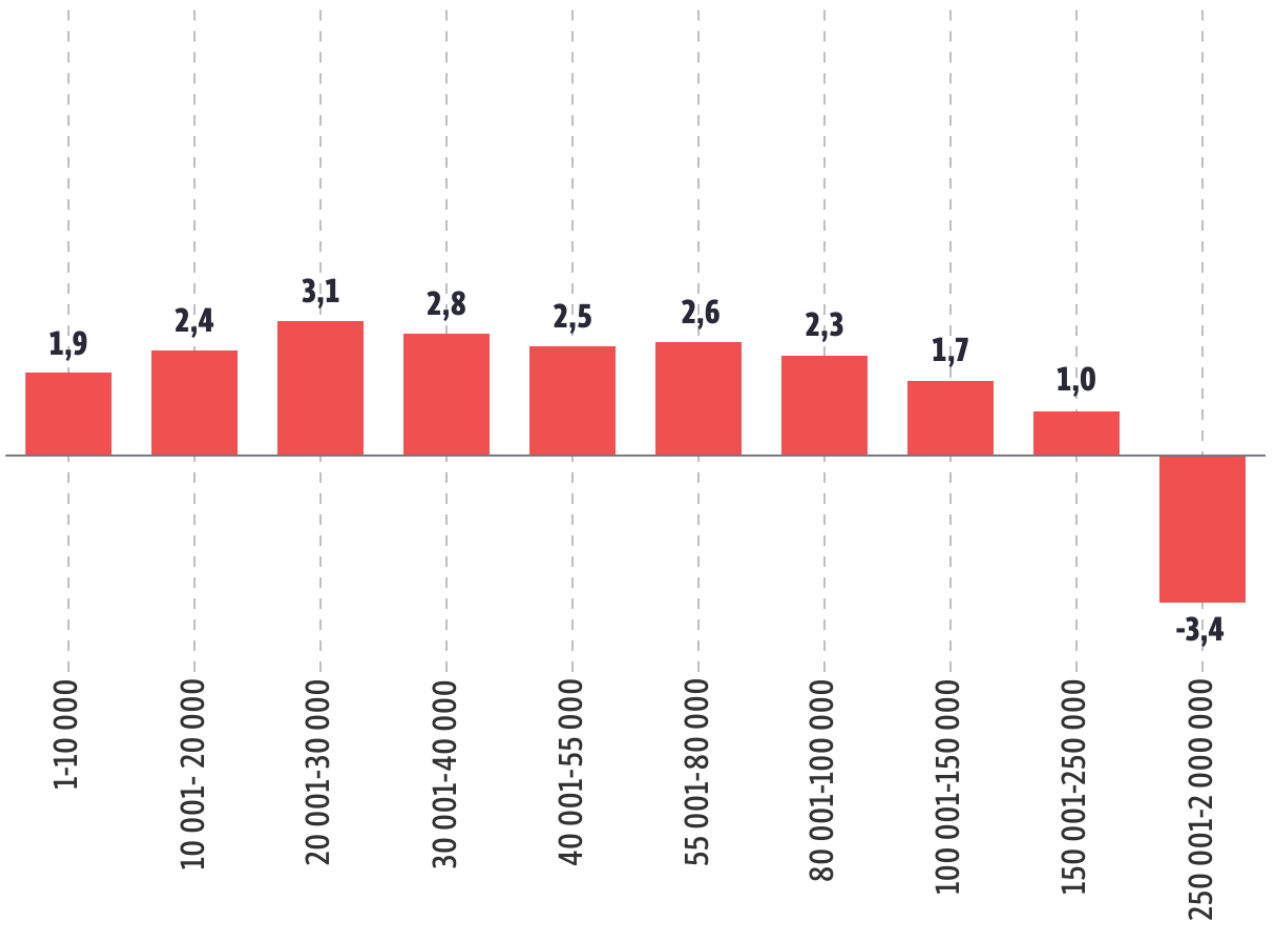
Ganz anders dagegen Union, FDP und AfD: Sie versprechen ein Finanzplus, das mit zunehmendem Gehalt nicht nur in Euro und Cent immer höher ausfallen soll, sondern auch prozentual. Anders gesagt: Je mehr ein Haushalt verdient, desto stärker wird er im Verhältnis zum bisherigen Einkommen entlastet. Fünf bis zehn Prozent mehr sind so für Topverdiener drin, während alle anderen gesellschaftlichen Gruppen weniger bis nichts erhalten.

Mitte-Links-Parteien

Ein Gegenkonzept dazu verfolgt etwa die SPD. Sie sieht für den größten Teil der Bevölkerung ein finanzielles Plus vor, das im Verhältnis zum bisherigen Einkommen prozentual jeweils ähnlich hoch ist.

SPD

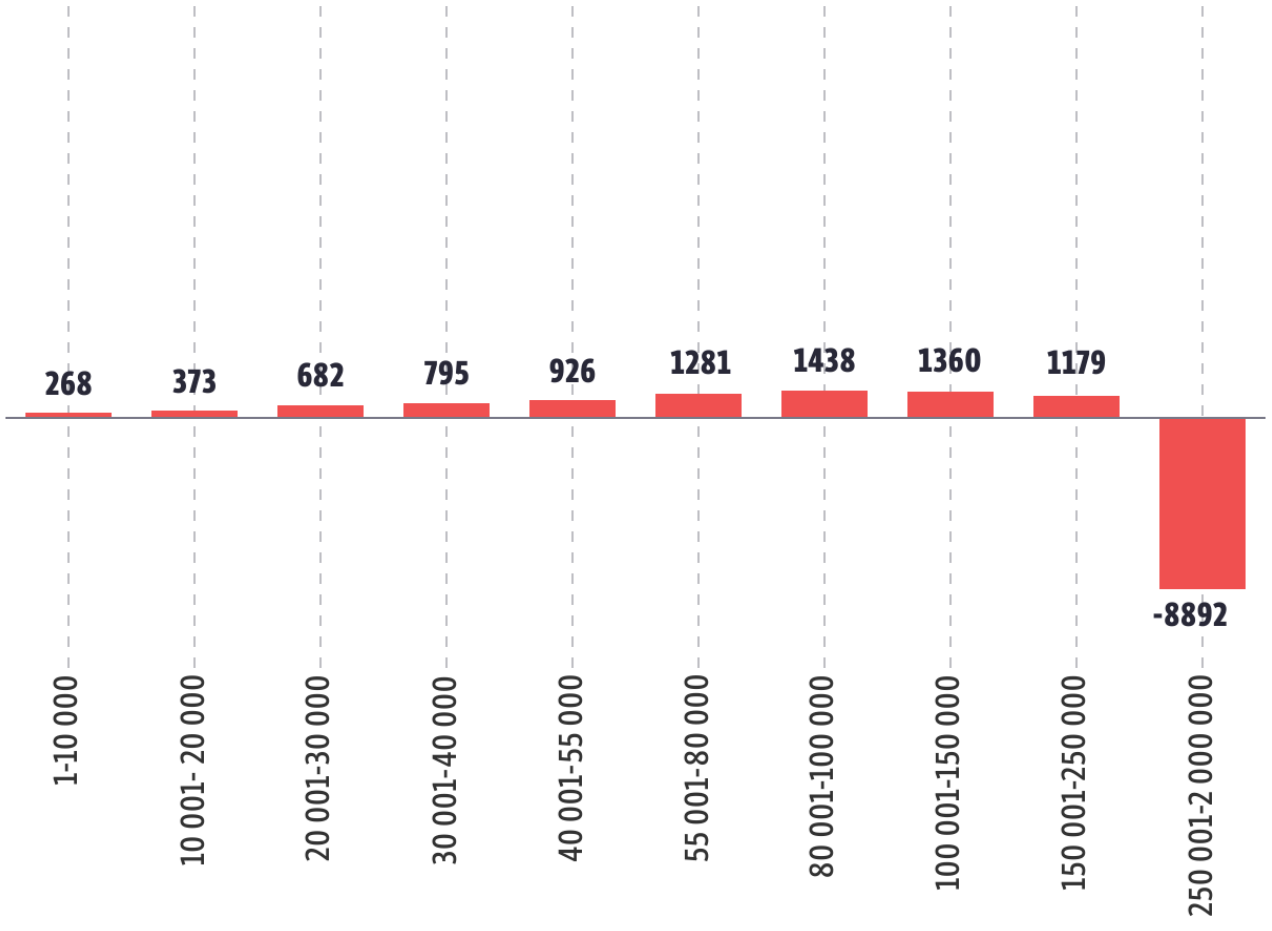
Wie die ausgewählten Vorschläge das verfügbare Einkommen verändern (+/-) **in Prozent** für verschiedene Jahresbrutto-Einkommen (siehe unten: 1-10 000 €, 10 001-20 000 €)



Niedrigverdienern nutzt vor allem der höhere Mindestlohn von 15 Euro, den auch die anderen linkeren Parteien fordern. Wer mehr Einkommen hat, profitiert davon, dass die SPD etwa den Grundfreibetrag erhöhen will, auf den man keine Einkommensteuer zahlen muss.

SPD

Wie die ausgewählten Vorschläge das verfügbare Einkommen verändern (+/-) **in Euro** für verschiedene Jahresbrutto-Einkommen (siehe unten: 1-10 000 €, 10 001-20 000 €)

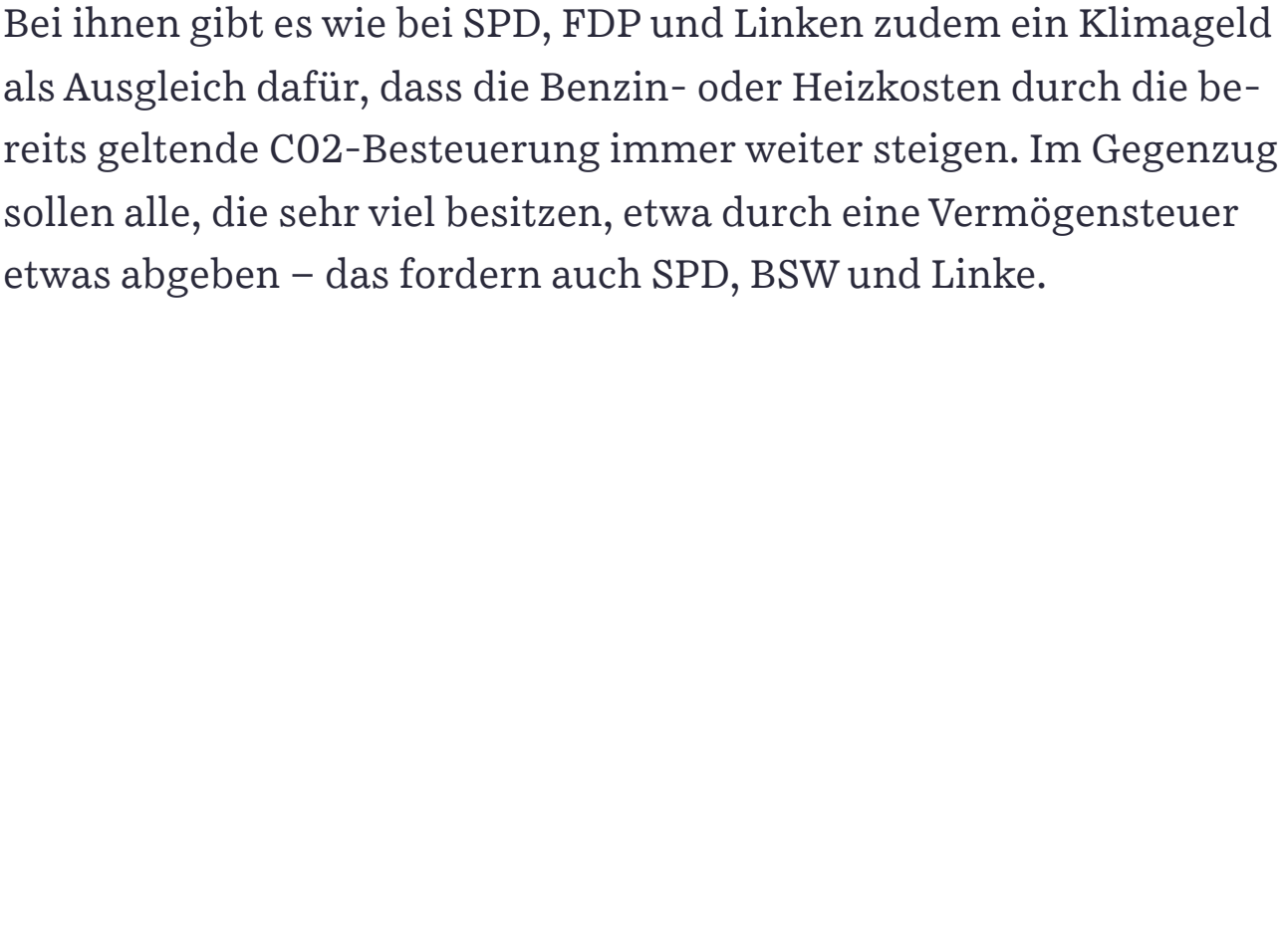


Das bedeutet dann für Haushalte mit 20 000 bis 30 000 Euro jährlichem Bruttoeinkommen knapp 700 Euro mehr im Jahr, rechnet das ZEW vor. Wer heute 80 000 bis 100 000 Euro verdient, hat 1400 Euro mehr zu erwarten. Erst bei hohen Einkommen dreht sich der Trend: Wer bisher 250 000 Euro und mehr verdient, soll nicht weniger, sondern mehr Einkommensteuer zahlen und auf 9000 Euro verzichten. „Das passt zur Ansage des Kanzlers Olaf Scholz, er wolle die allermeisten Steuerzahler entlasten – aber die absoluten Topverdiener stärker zur Kasse bitten“, sagt Holger Stichnoth, Verteilungsexperte am Mannheimer ZEW.

Ähnlich ist das bei den Grünen.

Grüne

Wie die ausgewählten Vorschläge das verfügbare Einkommen verändern (+/-) **in Prozent** für verschiedene Jahresbrutto-Einkommen (siehe unten: 1-10 000 €, 10 001-20 000 €)



Bei ihnen gibt es wie bei SPD, FDP und Linken zudem ein Klimageld als Ausgleich dafür, dass die Benzin- oder Heizkosten durch die bereits geltende C02-Besteuerung immer weiter steigen. Im Gegenzug sollen alle, die sehr viel besitzen, etwa durch eine Vermögensteuer etwas abgeben – das fordern auch SPD, BSW und Linke.

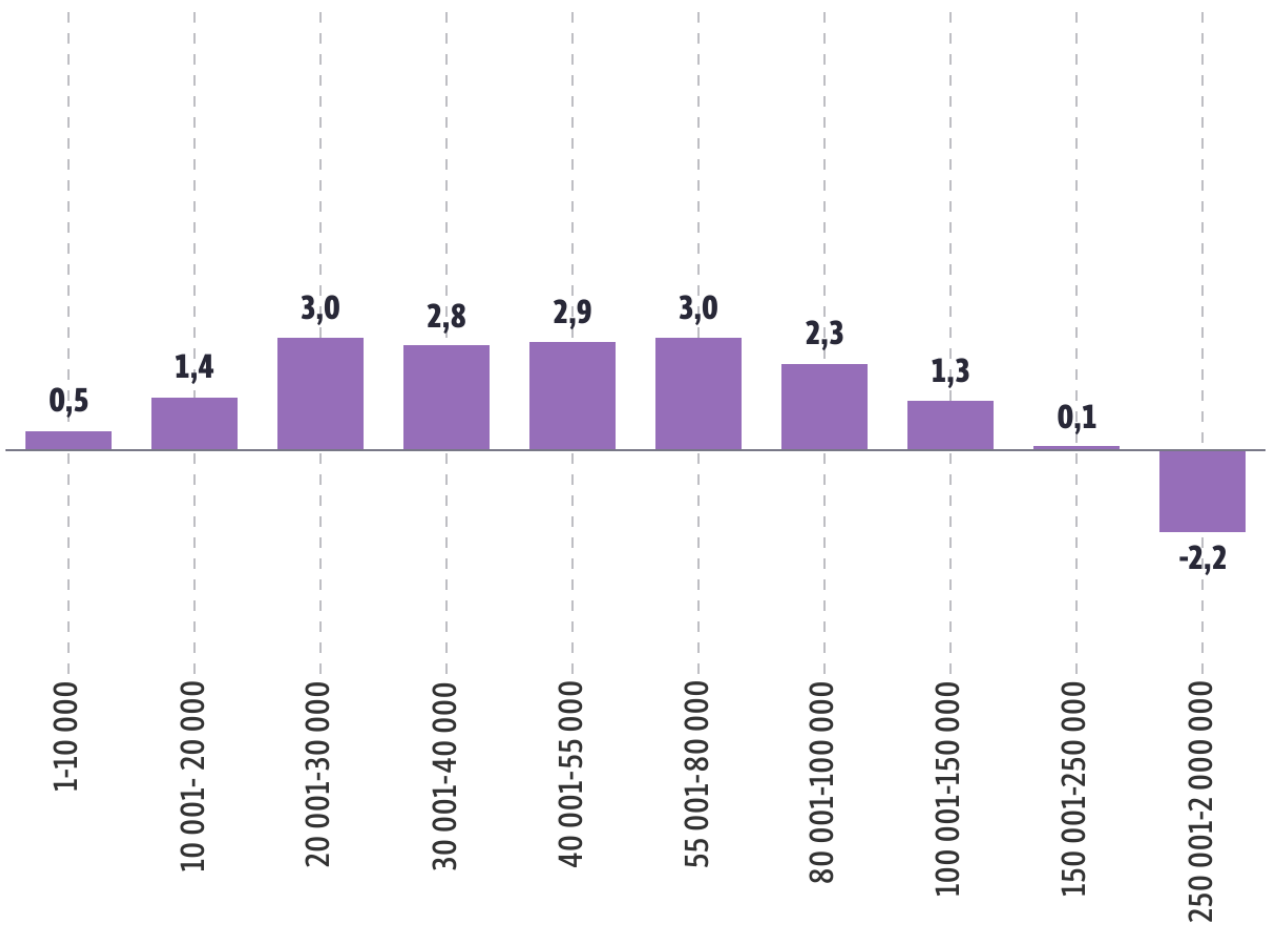
Grüne

Wie die ausgewählten Vorschläge das verfügbare Einkommen verändern (+/-) **in Euro** für verschiedene Jahresbrutto-Einkommen (siehe unten: 1-10 000 €, 10 001-20 000 €)

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) ist politisch vielleicht am schwersten in das übliche Links-rechts-Schema einzuordnen: hier linke Sozialpolitik, dort rechtspopulistische Migrationskritik und Putin-Freundlichkeit. Bei Steuern und Mindestlohn blinkt das BSW links – und setzt darauf, prozentual mehr für untere Einkommen und die Mitte zu tun.

BSW

Wie die ausgewählten Vorschläge das verfügbare Einkommen verändern (+/-) **in Prozent** für verschiedene Jahresbrutto-Einkommen (siehe unten: 1-10 000 €, 10 001-20 000 €)



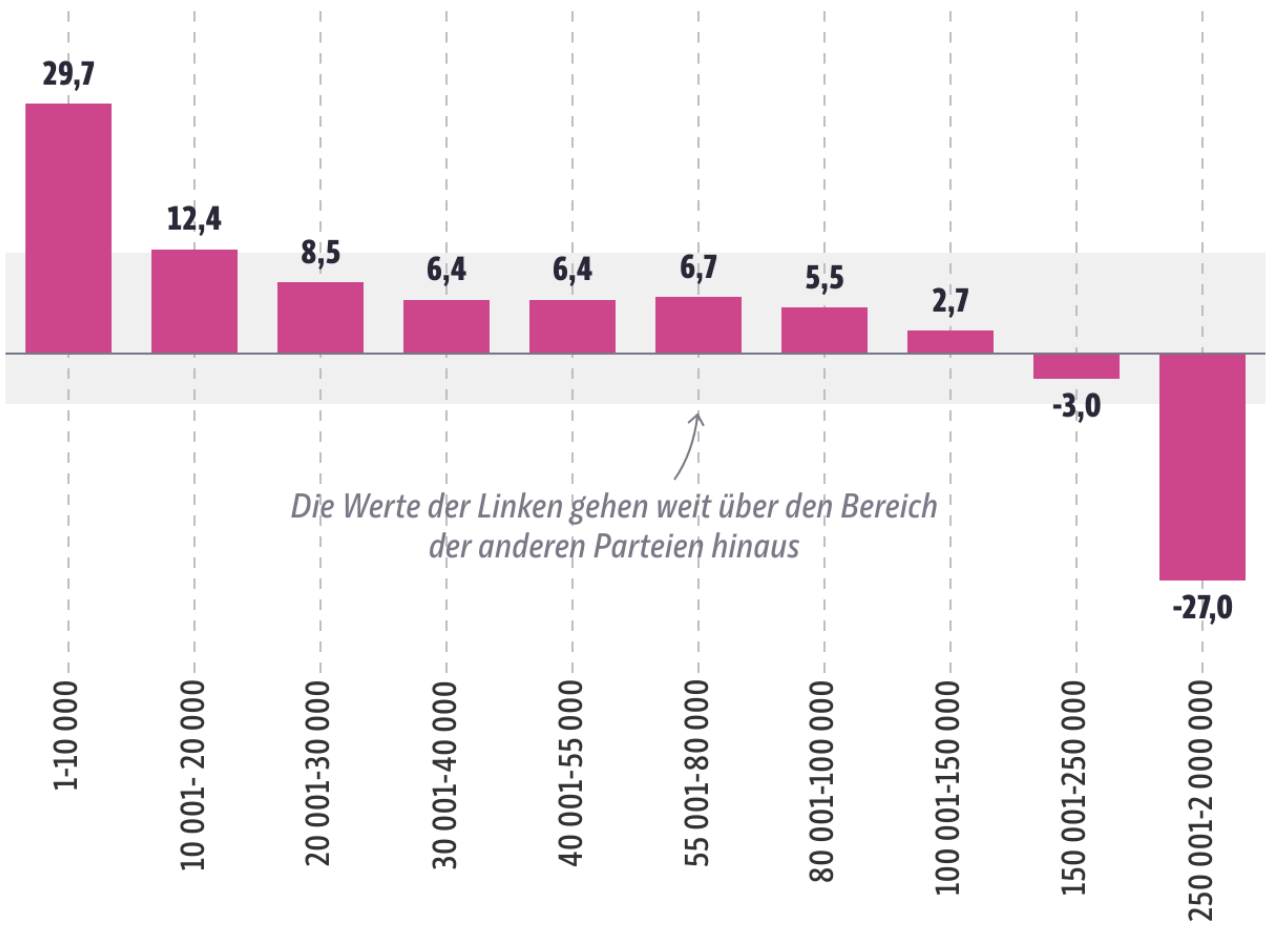
BSW

Wie die ausgewählten Vorschläge das verfügbare Einkommen verändern (+/-) **in Euro** für verschiedene Jahresbrutto-Einkommen (siehe unten: 1-10 000 €, 10 001-20 000 €)

Besonders stark will die Linke den Wohlstand von oben nach unten umverteilen, etwa durch eine deutlich höhere Einkommensteuer für Topverdiener.

Linke

Wie die ausgewählten Vorschläge das verfügbare Einkommen verändern (+/-) **in Prozent** für verschiedene Jahresbrutto-Einkommen (siehe unten: 1-10 000 €, 10 001-20 000 €)



Linke

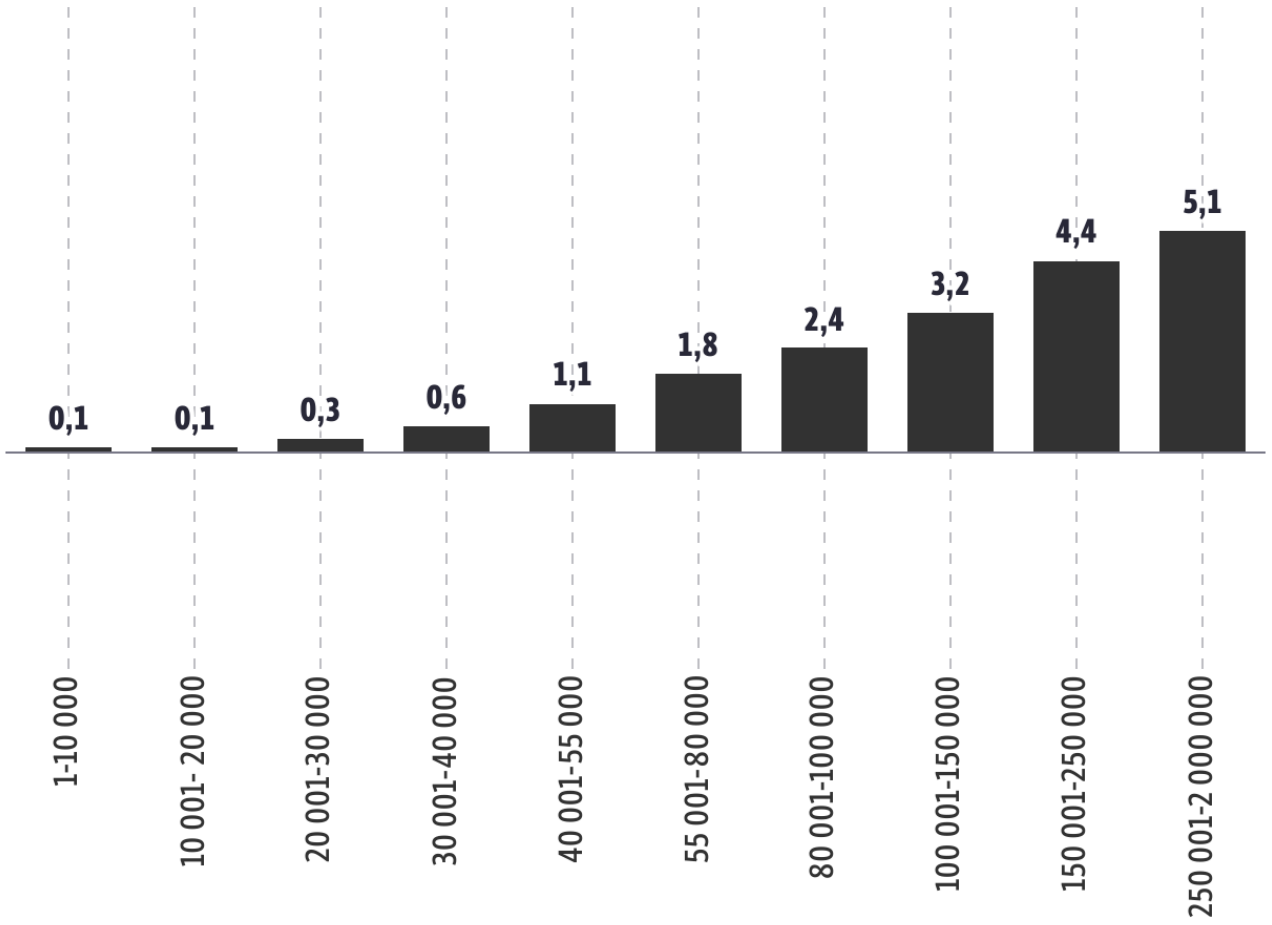
Wie die ausgewählten Vorschläge das verfügbare Einkommen verändern (+/-) **in Euro** für verschiedene Jahresbrutto-Einkommen (siehe unten: 1-10 000 €, 10 001-20 000 €)

Mitte-Rechts-Parteien

Anders verhält es sich bei der Union, die in den Umfragen mit weitem Abstand führt und deshalb mit Friedrich Merz mutmaßlich den neuen Bundeskanzler stellen wird.

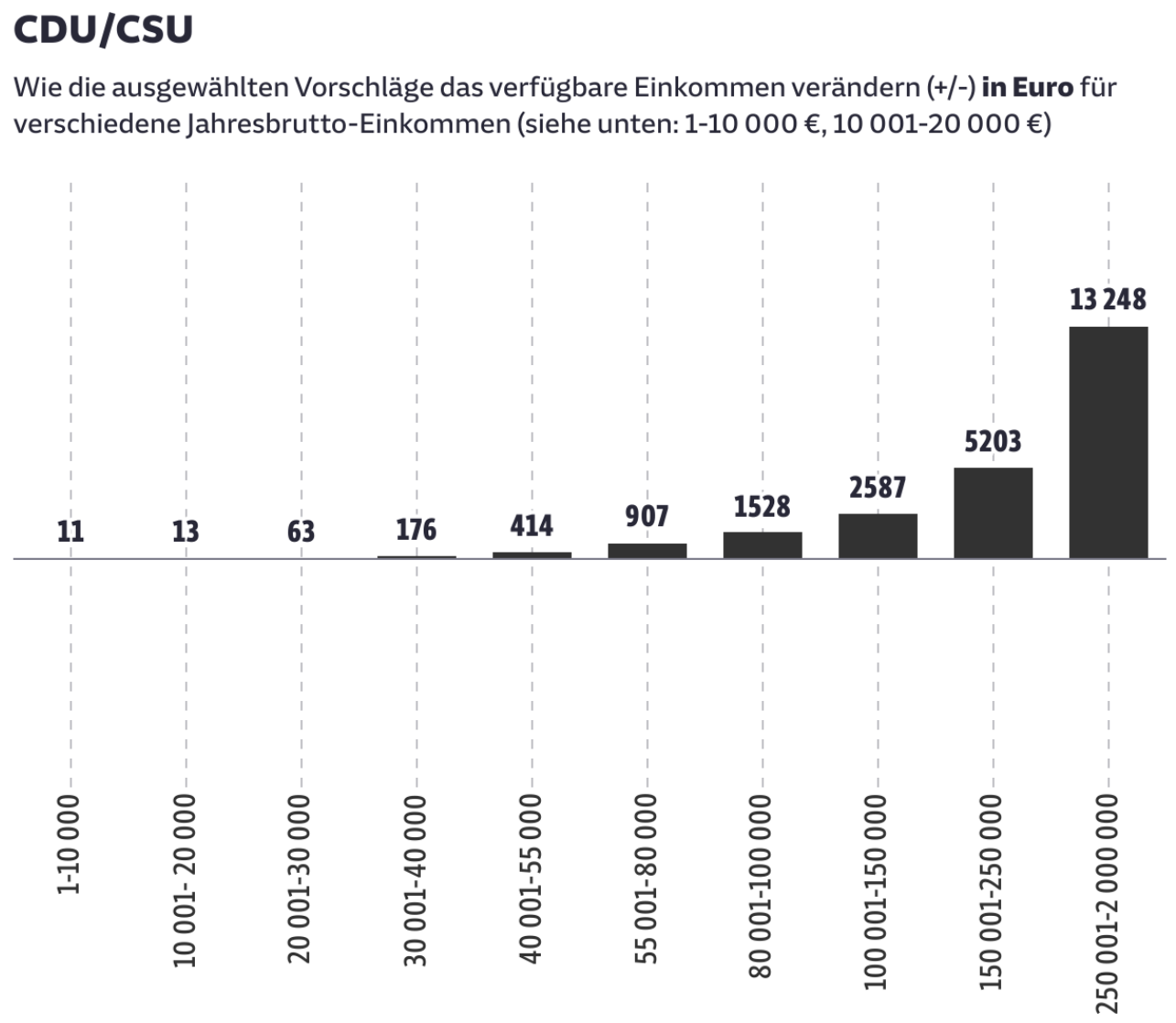
CDU/CSU

Wie die ausgewählten Vorschläge das verfügbare Einkommen verändern (+/-) **in Prozent** für verschiedene Jahresbrutto-Einkommen (siehe unten: 1-10 000 €, 10 001-20 000 €)

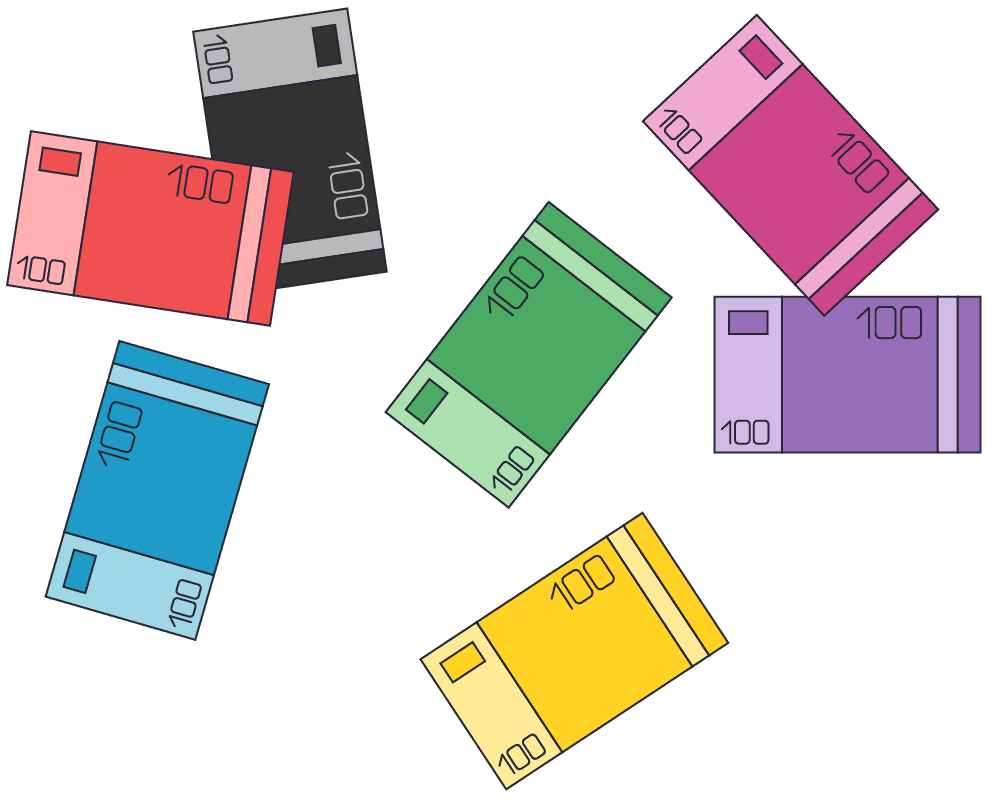


Man kann der CDU/CSU nicht vorwerfen, sie lasse die Mitte der Gesellschaft links liegen. Wenn Merz seine Pläne umsetzt, können etwa die beiden Einkommensgruppen zwischen 55 000 und 100 000 Euro Bruttoverdienst damit rechnen, dass ihr verfügbares Einkommen um ordentliche zwei Prozent steigt.

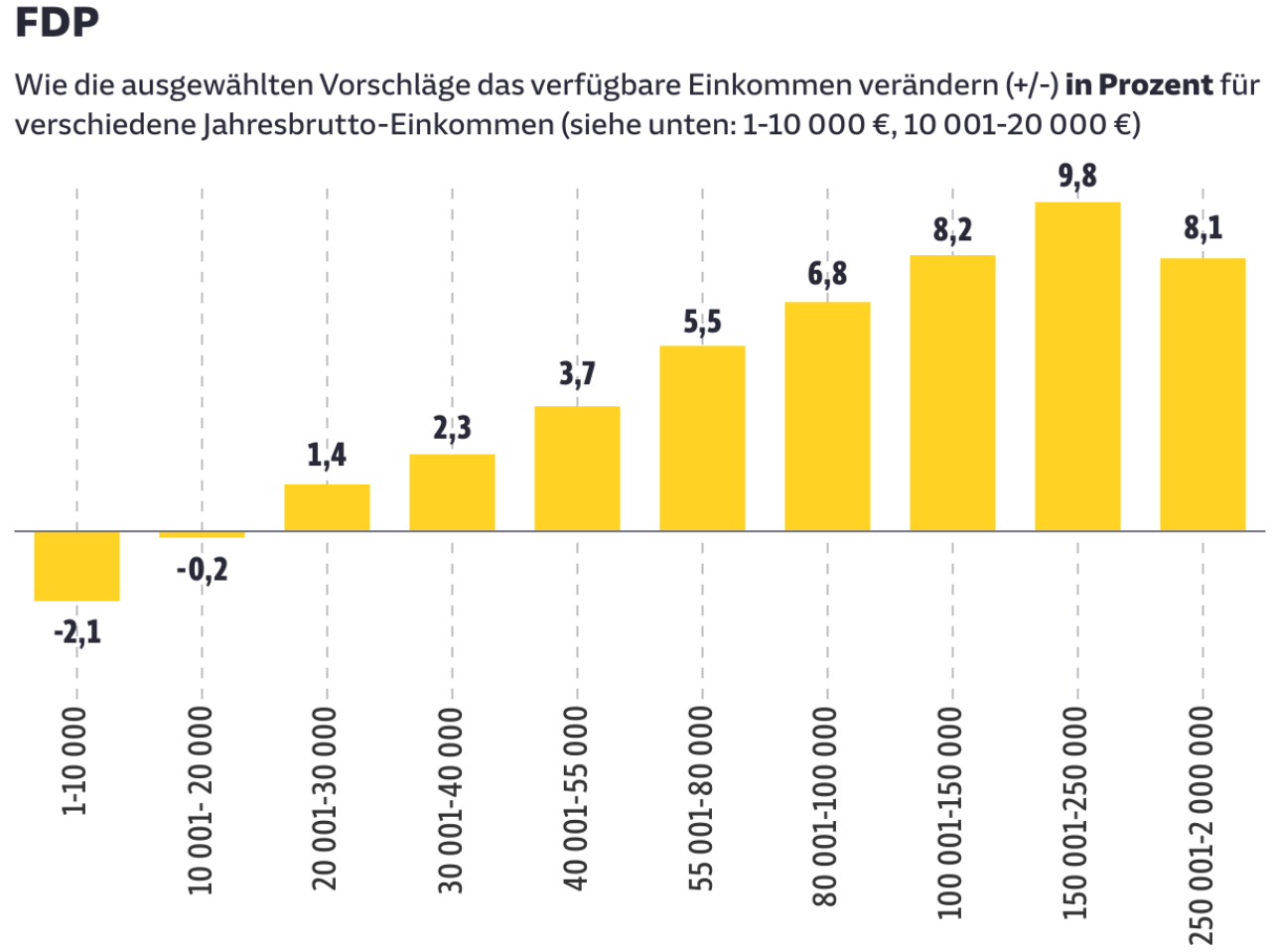
Allerdings bedenkt die Union Einkommen ab 150 000 Euro deutlich stärker: Ihnen winkt laut ZEW ein Finanzplus von bis zu fünf Prozent.



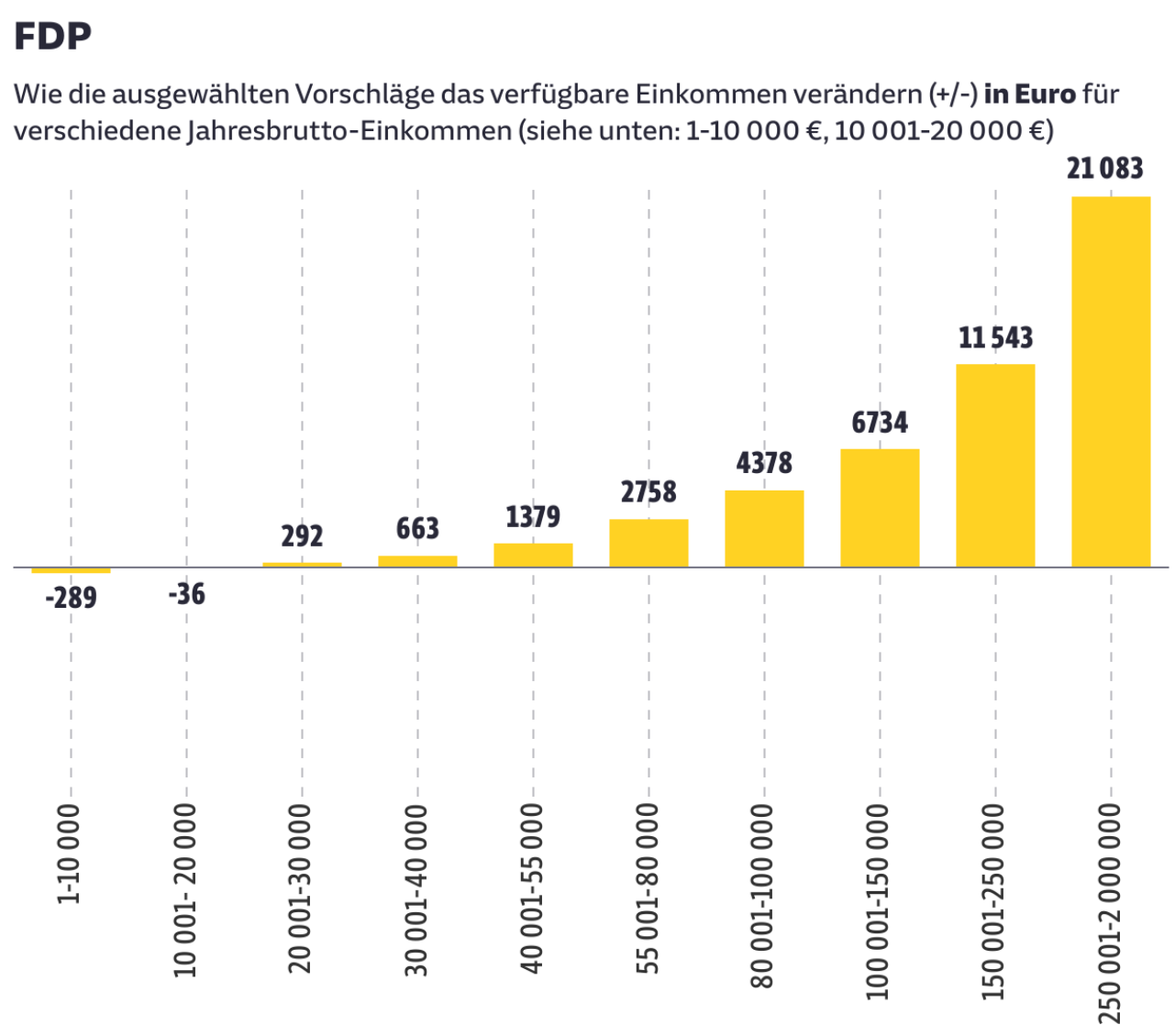
In Euro bedeutet das: Die Haushalte mit 55 000 bis 100 000 Euro Bruttoverdienst im Jahr dürfen mit rund 900 beziehungsweise rund 1500 Euro Finanzplus rechnen. Wer mehr als 250 000 Euro im Jahr – oder 20 000 Euro im Monat – verdient, kann unter einem Kanzler Merz auf gut 13 000 Euro mehr im Jahr hoffen. „Dieses überproportionale Plus für Gutverdiener erklärt sich etwa dadurch, dass Merz den Soli komplett abschaffen will, den nur noch Gutverdiener zahlen“, erklärt ZEW-Ökonom Stichnoth. Und dadurch, dass Merz etwa den Spitzensteuersatz erst bei höheren Einkommen greifen lassen will als bisher.



Noch viel stärker fallen die Pläne für niedrige und hohe Einkommen bei der FDP auseinander.



Das liegt etwa daran, dass die FDP Gutverdiener steuerlich noch weitaus radikaler entlasten will als ihr Wunsch-Regierungspartner Union. Sozusagen mit der Kettensäge, wie es der von Parteichef Christian Lindner zeitweise gepriesene argentinische Präsident Javier Milei für seine Politik als Ziel ausruft.



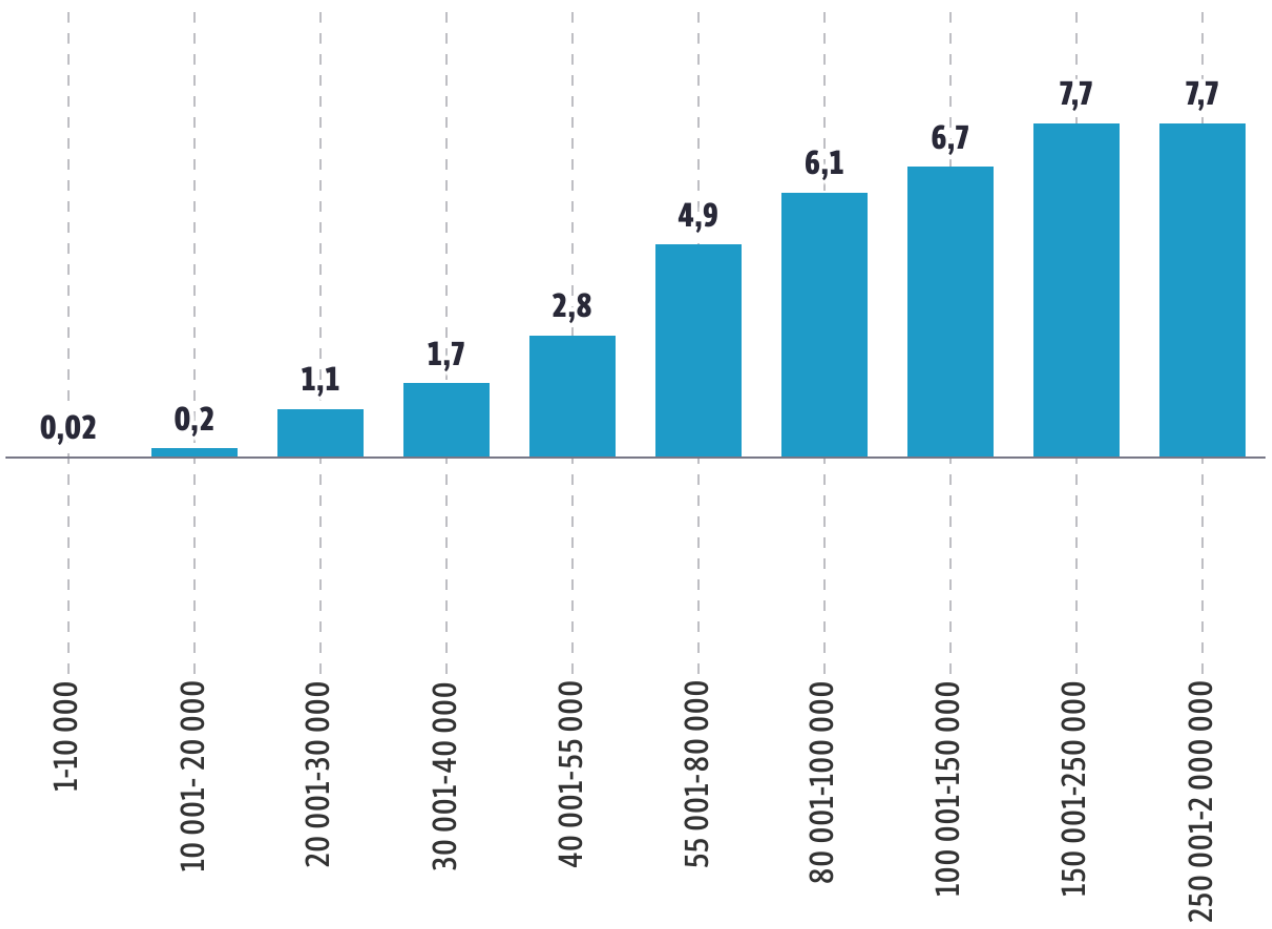
Kein Wunder also, dass die Pläne der beiden Lager sehr unterschiedlich auf das soziale Gefüge in Deutschland wirken. Bei SPD, Grünen und Co. sinkt das sogenannte Gini-Maß, das die Ungleichheit misst (je höher das Gini-Maß, desto mehr klafft eine Gesellschaft auseinander). Die Einkommen werden also bei diesen Par-

teien gleicher. Setzen sich dagegen Friedrich Merz, Markus Söder und Christian Lindner durch, steigt das Gini-Maß um 2,3 Prozent beziehungsweise 4,7 Prozent (Lindner). Bei der FDP hat so etwas wahrscheinlich mancher erwartet. Für die Union, die wie die SPD eine Volkspartei sein will, ist dieses Ergebnis schon überraschender.

Am bemerkenswertesten ist vielleicht, dass auch die AfD Topverdiener überproportional besserstellen will – gelten die Rechtspopulisten doch oft als Partei, die Abgehängte und wirtschaftlich Frustrierte besonders anziehen, die von den anderen Parteien enttäuscht sind. Die AfD will wie Union und FDP den verbleibenden Soli für Gutverdiener abschaffen. Außerdem plant sie ein Familiensplitting: Für die Berechnung der Steuer wird das Einkommen eines Haushalts anders als bisher auf alle Mitglieder aufgeteilt, auch Kinder. Davon haben Familien mit hohem Einkommen und Steuersatz am meisten. Ergebnis: Je mehr jemand verdient, desto mehr profitiert er prozentual von den berechneten AfD-Plänen.

AfD

Wie die ausgewählten Vorschläge das verfügbare Einkommen verändern (+/-) **in Prozent** für verschiedene Jahresbrutto-Einkommen (siehe unten: 1-10 000 €, 10 001-20 000 €)

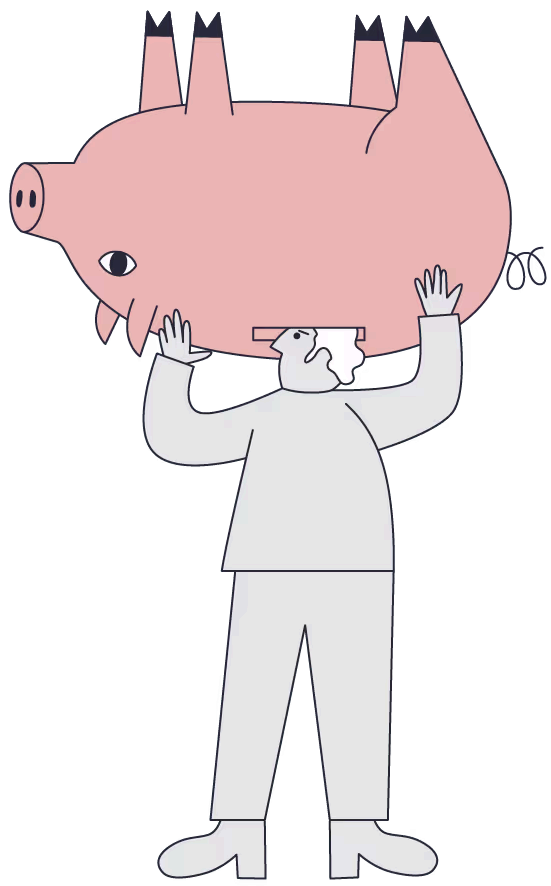


Wer mehr als 150 000 Euro im Jahr verdient, hat prozentual knapp acht Prozent Plus zu erwarten. Bei allen Menschen in Haushalten, die bis zu 55 000 Euro im Jahr verdienen, sind es null bis drei Prozent.

AfD

Wie die ausgewählten Vorschläge das verfügbare Einkommen verändern (+/-) **in Euro** für verschiedene Jahresbrutto-Einkommen (siehe unten: 1-10 000 €, 10 001-20 000 €)

Für Haushalte von gut 20 000 Euro Monatsverdienst an bedeutet das zum Beispiel 20 000 Euro mehr im Jahr. In dieser Gruppe dürfte die Zahl wirtschaftlich Frustrierter überschaubar sein. Für die Gruppe mit bis zu knapp 2000 Euro Verdienst im Monat, in der sich einige wirtschaftlich Frustrierte befinden dürften, hat die AfD dagegen laut ZEW-Rechnung nichts übrig. Genauer gesagt: 28 Euro beziehungsweise zwei Euro mehr – im Jahr.



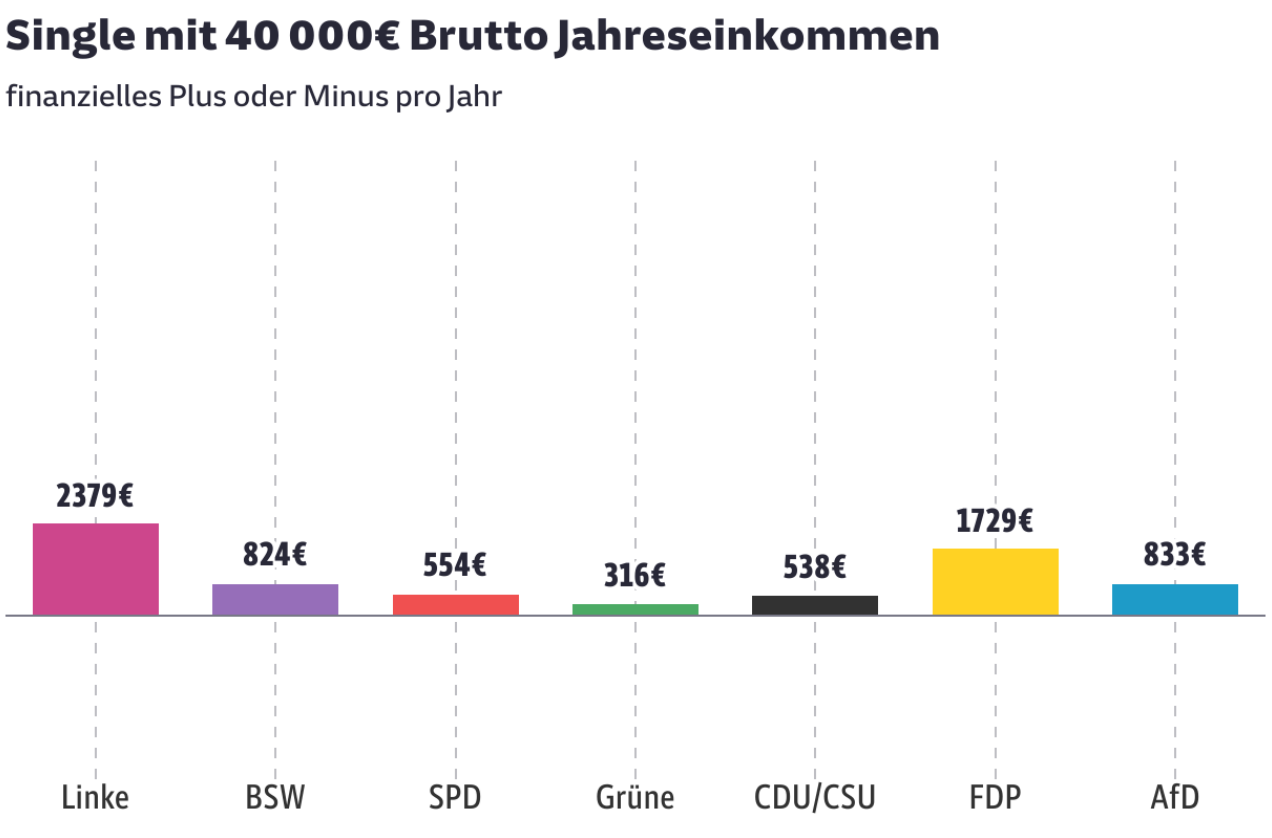
Dabei traf die Teuerungswelle der vergangenen Jahre Niedrigverdiener überproportional stark. Denn sie geben einen größeren Teil ihres Einkommens für Energie und Lebensmittel aus, die sich besonders verteuerten. Als die Inflation nach dem russischen Überfall auf die Ukraine 2022 rasant anstieg, begann auch der Höhenflug der AfD in den Umfragen. Die ZEW-Rechnungen zeigen nun: Die

Pläne der Rechtspopulisten erhöhen die Ungleichheit, gemessen am Gini-Koeffizienten, um 2,7 Prozent.

Nun ein genauerer Blick: Was bedeuten die Pläne der Parteien exakter für die drei Gruppen Mitte der Gesellschaft, Gutverdiener und niedrige Einkommen? Das lässt sich auch anhand bestimmter Musterhaushalte beleuchten.

Mitte der Gesellschaft

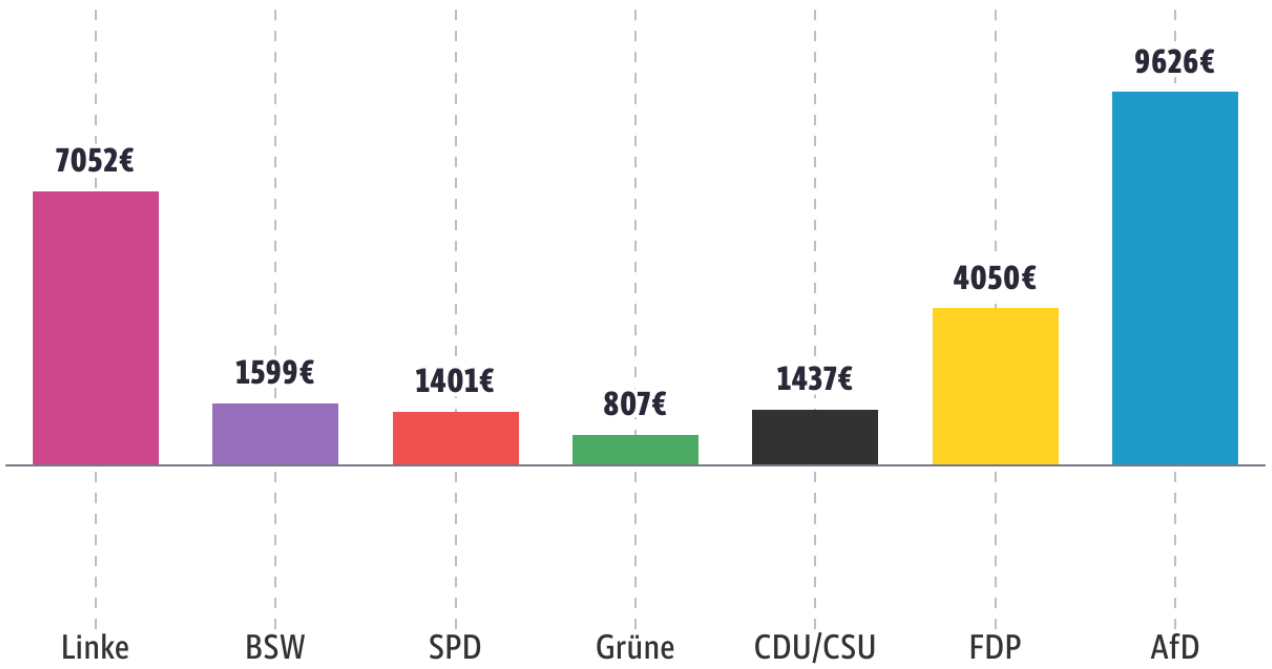
Die Mitte der Gesellschaft ist eine Gruppe, die keine Partei ignorieren darf, die große Stimmengewinne erreichen möchte. Zwar gibt es keine fixe Definition, wer genau zur Mittelschicht gehört. Musterhaushalte mit bestimmten Einkommen erlauben jedoch eine Annäherung. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen von Singles etwa lag zuletzt laut Statistischem Bundesamt bei knapp 40 000 Euro im Jahr. Es zeigt sich, dass für diesen Mitte-Single alle Parteien ein paar Hundert Euro Plus bewirken wollen.



Dabei tut sich – neben der generell sehr ausgabenfreudigen Linken – die FDP besonders hervor. Die beiden einstigen Volksparteien SPD und CDU, die in der Bundesrepublik bisher abwechselnd den Kanzler stellten, liegen gleichauf.

Ehepaar mit 2 Kindern und 80 000€ Brutto Jahreseinkommen

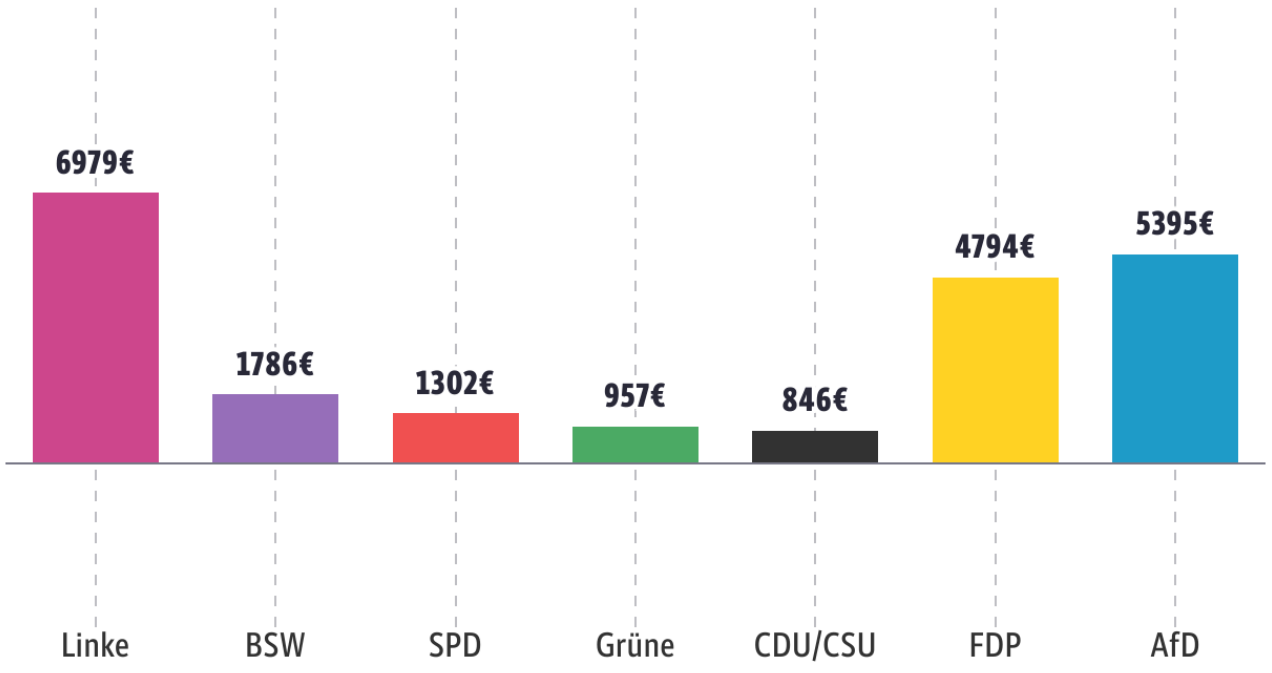
finanzielles Plus oder Minus pro Jahr



Genauso gleichauf liegen sie bei Ehepaaren mit zwei Kindern, die 80 000 Euro brutto im Jahr verdienen – dieses Einkommen entspricht knapp dem Durchschnitt dessen, was Paare mit Kindern in Deutschland verdienen. Trotz dieses Gleichstands gibt es einen Unterschied: Die gerechneten Vorschläge der SPD kosten insgesamt fast kein Geld, die der Union dagegen insgesamt gewaltig viel, weil sie vor allem Gutverdienern viel in Aussicht stellt (siehe unten: „Was die Wahlversprechen kosten“).
FDP und AfD versprechen der Mitte viel höhere Beträge. Dazu ist als Einordnung wichtig, dass etwa die AfD sehr viel mehr Finanzplus für Mitte-Familien mit 80 000 Euro im Jahr anvisiert als für die untere Mitte mit etwa 60 000 Euro Jahreseinkommen.

Ehepaar mit 2 Kindern und 60 000€ Brutto Jahreseinkommen

finanzielles Plus oder Minus pro Jahr

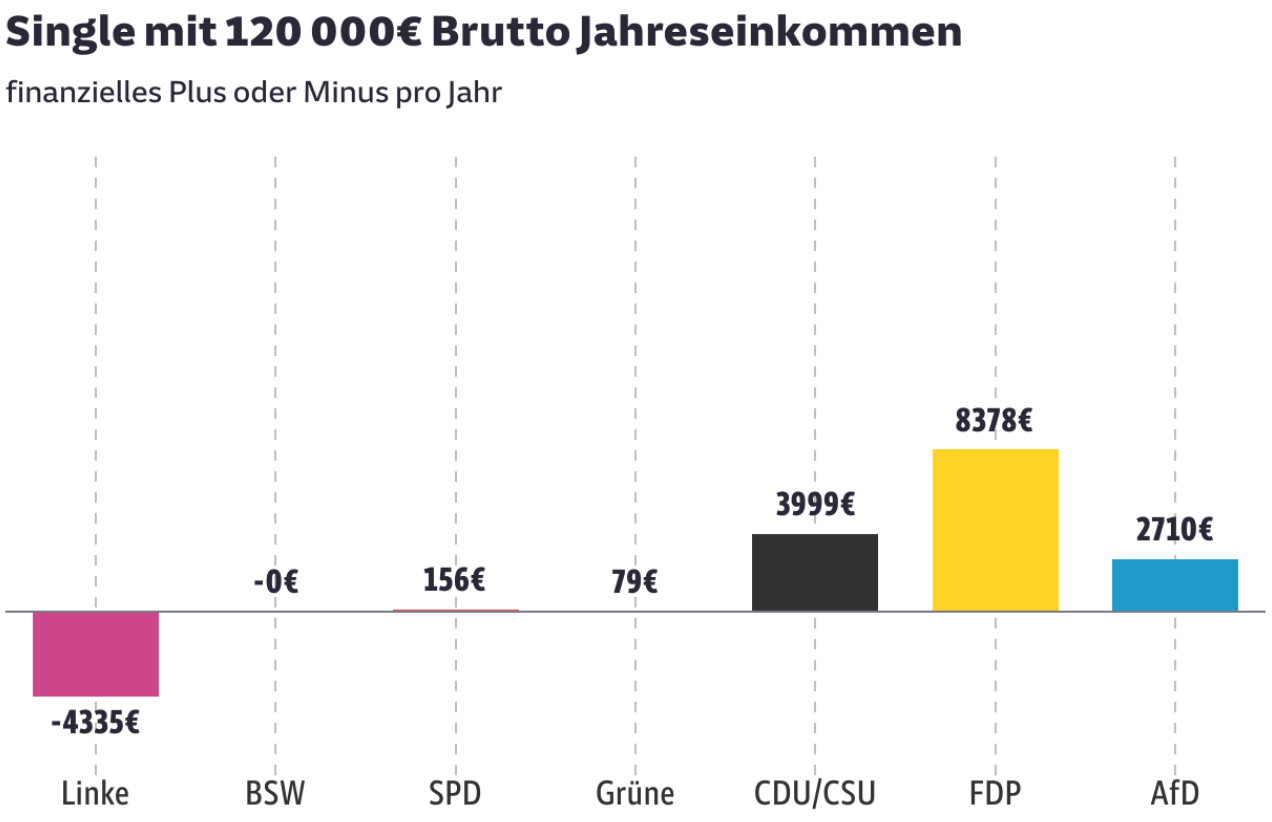


Ein ganz zentraler Punkt: Sowohl AfD wie FDP versprechen insgesamt sehr viel. Die Ausgaben dafür würden aber zugleich ein großes Loch in die Staatskasse reißen: fast 100 beziehungsweise fast 120 Milliarden Euro. Und das, ohne dass geklärt wäre, woher genau das Geld kommen soll (siehe unten: „Was die Wahlversprechen kosten“). Auffällig ist auch, dass beide Parteien – genau wie die Union – eine

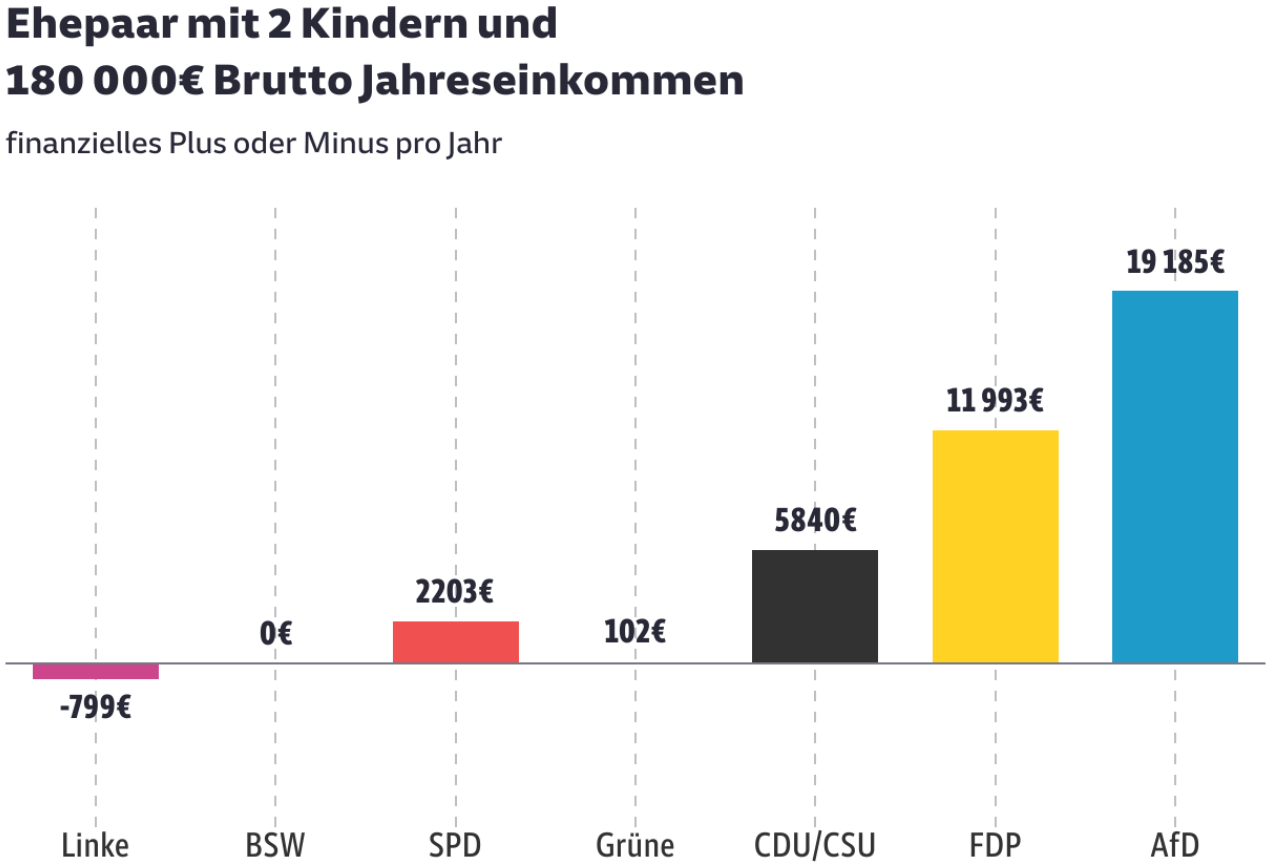
andere Gruppe finanziell prozentual noch besserstellen will als die Mitte der Gesellschaft: die Gutverdiener.

Gutverdiener

Ein Single-Musterhaushalt mit 10 000 Euro brutto im Monat hat von den drei Parteien rechts der Mitte hohe Summen zu erwarten.

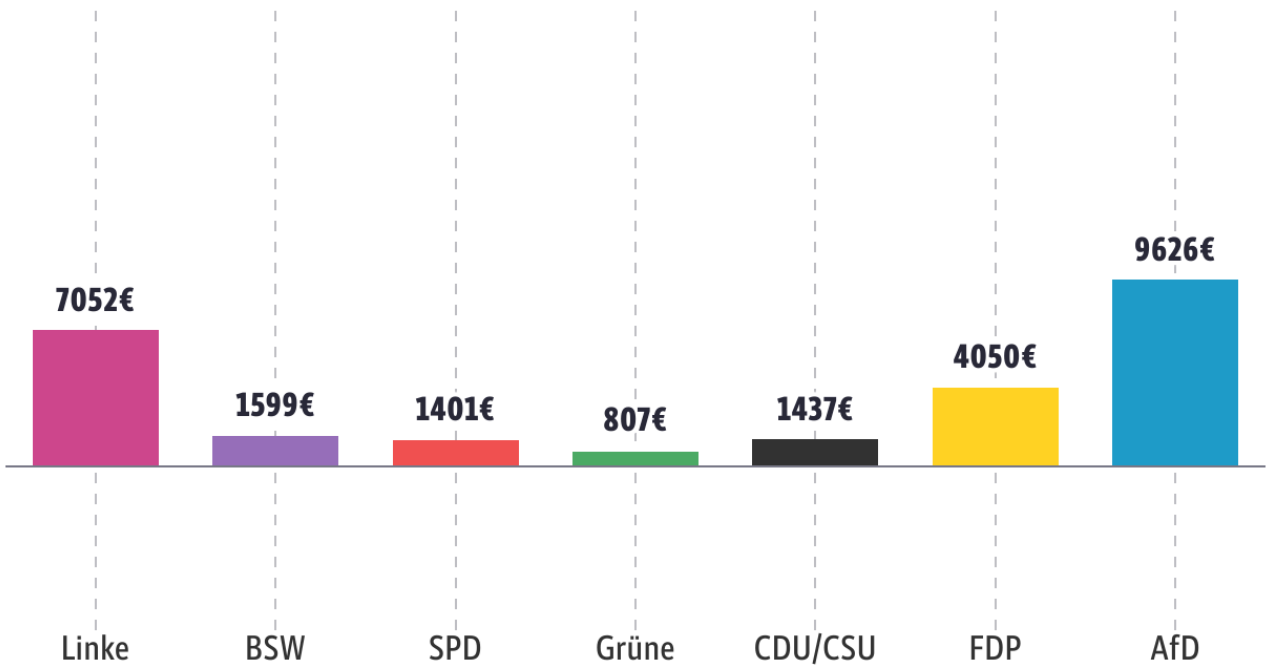


Ähnlich ist es bei der Familie, die 180 000 Euro im Jahr verdient. Die Union setzt dabei etwa durch die Abschaffung des Soli und späteren Spitzensteuersatz klare Prioritäten. Die Familie mit 180 000 Euro Jahresbrutto hat zweieinviertelmal so viel Einkommen wie die Familie mit 80 000 Euro Jahresbrutto. Friedrich Merz stellt der Gutverdiener-Familie aber ein viermal so hohes Finanzplus in Aussicht: 5840 versus 1437 Euro im Jahr.



Ehepaar mit 2 Kindern und 80 000€ Brutto Jahreseinkommen

finanzielles Plus oder Minus pro Jahr



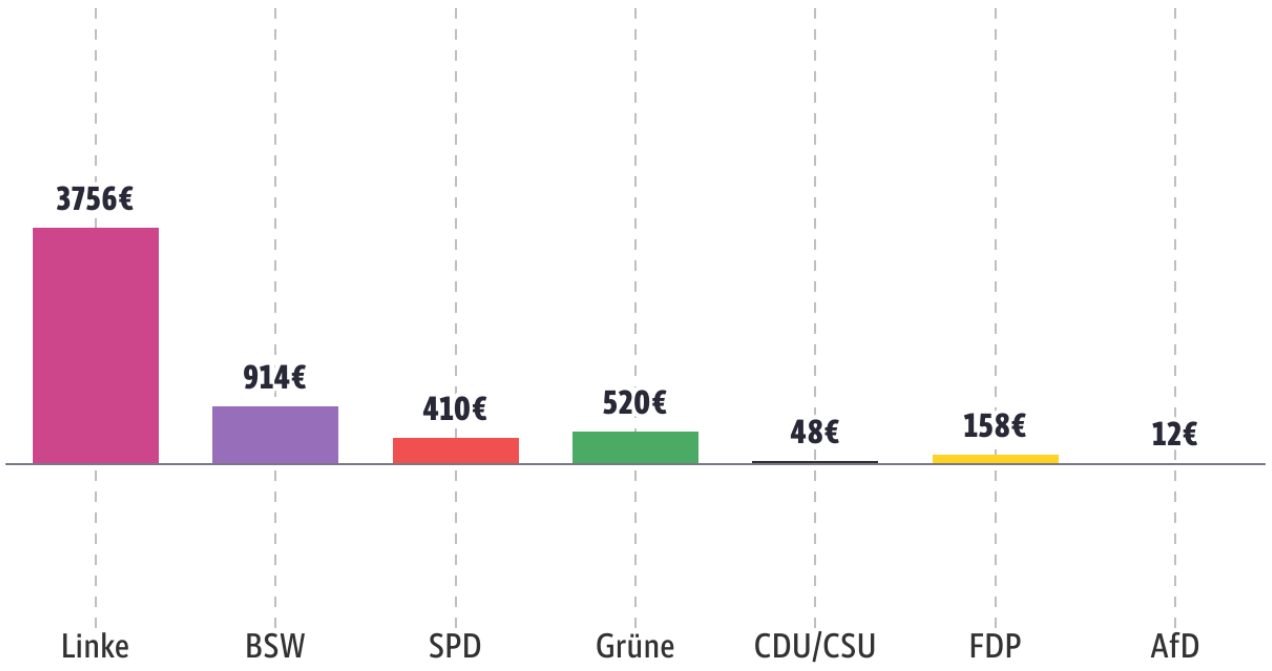
Die eher linken Parteien dagegen wollen Gutverdiener kaum bes-serstellen – oder stärker belasten, etwa durch eine Vermögensteuer.

Niedrige Einkommen

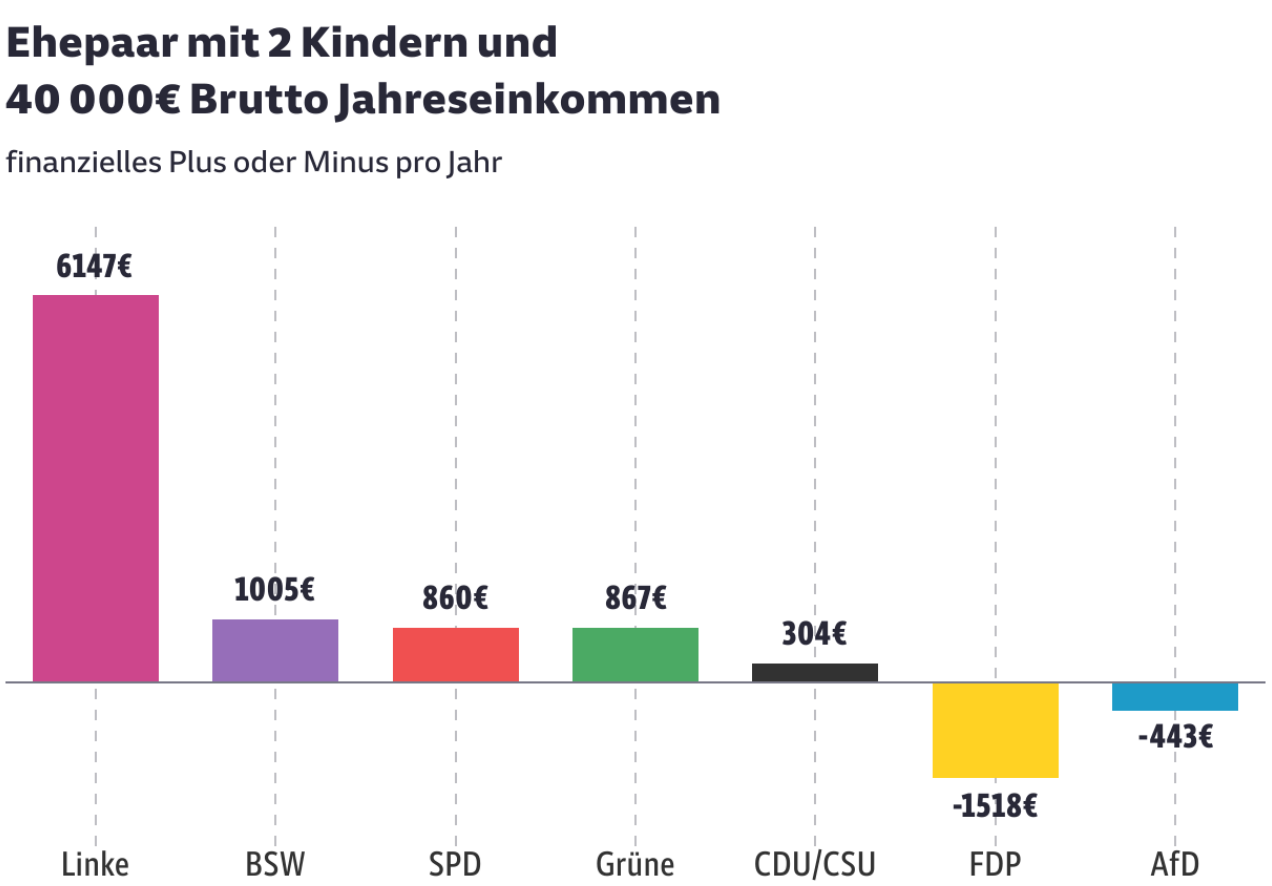
Auch bei Geringverdienern gibt es einige Unterschiede.

Single mit 20 000€ Brutto Jahreseinkommen

finanzielles Plus oder Minus pro Jahr



Die Grünen stellen sie etwas besser als die SPD, weil sie etwa zu-sätzlich einen Steuerbonus für sehr niedrige Einkommen vorsehen. Insgesamt sehen die eher linken Parteien hier ein größeres Finanz-plus vor als die eher rechten. Besonders gilt das für die Partei Die Linke: Sie erhöht den Regelsatz des Bürgergelds von heute 563 auf 813 Euro und das Kindergeld von 250 auf 379 Euro. Da die Partei ums politische Überleben kämpft, ist jedoch ungewiss, ob von ihren Ideen irgendetwas umgesetzt wird.



Wenn die FDP in einer neuen Regierung mitbestimmen kann, müssen sich einige der ärmeren Haushalte auf finanzielle Verluste einstellen. Christian Lindner will den Regelsatz für Bürgergeldbezieher reduzieren. Wenn diese künftig nur noch das Existenzminimum erhalten, würde der Regelsatz von 563 auf 537 Euro im Monat sinken. Auch die AfD hat für Geringverdiener wenig übrig. Würden die Vorstellungen von Kanzlerkandidatin Alice Weidel Realität, stiege das Armutsrisiko in Deutschland um 13 Prozent – also der Anteil jener Menschen, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verdienen. Einen so starken Effekt gibt es bei keiner anderen Partei.

Was die Wahlversprechen kosten

Die beiden Lager unterscheiden sich auch stark darin, was ihre vom ZEW gerechneten Vorschläge kosten. Bei SPD, Grünen und BSW kommt – durchaus überraschend – ein kleines Finanzplus raus. Weil sich die Parteien mit Ausgaben zurückhalten wie die SPD. Oder ihre Ausgabenideen durch eine heftige Vermögensteuer finanzieren wie die Linke, die dadurch sogar starke Überschüsse produziert. Anders dagegen die Union: Sie reißt allein durch die gerechneten Vorschläge ein Loch von knapp 50 Milliarden Euro in die Staatskasse – will aber weder Steuern erhöhen noch bisher die Schuldenbremse lockern. FDP und AfD, für die das auch gilt, verursachen sogar ein Finanzloch von mehr als 100 Milliarden Euro.

Mehr Lesestoff zu diesem Thema:

Wie realistisch und solide sind die Wahlversprechen? Mehr dazu lesen Sie hier.

Welche politische Debatte lösen die Rechnungen aus? Das können Sie hier nachvollziehen.

Welche Einkommensschichten sollte die nächste Bundesregierung

finanziell besserstellen? Dazu lesen Sie hier den Kommentar von Alexander Hagelüken.

Wer ganz genau wissen will, wie die Forscher gerechnet haben, erfährt hier mehr:

Wie die Forscher rechnen

Text: Alexander Hagelüken, Claus Hulverscheidt; **Infografik / Illustration:** Julia Schubert; **Digitales Storytelling:** Elisa Grafenstein, Christian Helten

Newsletter

SZ am Morgen und Abend

Zweimal täglich: Das Wichtigste des Tages aus der SZ-Redaktion inkl. SZ am Wochenende.

Ihre E-Mail-Adresse

Ich bin mit der Auswertung meiner Nutzungsdaten einverstanden. Widerruf und Datenschutz

Anmelden

© SZ - Rechte am Artikel können Sie hier erwerben.